

Mitteldeutsche Rundschau

Organ der Werkvereine
in Frankfurt a. M. u. Umgebung.

Die Mitteldeutsche Rundschau erscheint wöchentlich einmal und zwar Sonnabends. Sie kostet, durch die Post bezogen, vierteljährlich 75 Pfg. einschließlich Bestellgeld. Bei Sammelabonnements in Postpaketen od. dgl. werden geliefert entsprechende Preisermäßigungen.

Geschäftsstelle: Frankfurt a. M., West, Leipzigerstraße 36
Bank-Konto: Deutsche Bank, Frankfurt a. M.
Briefadresse: Mitteldeutsche Rundschau, Frankfurt a. M., West
Drahtnachrichten: Mitteldeutsche Rundschau, Frankfurt/Main.

Anzeigenpreis: Zeitungszeit 6spaltig 20 Pfg. im Restmeteil 20 Pfg.
Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Die Inseratannahme wird Mittwochs geschlossen.

Nr. 12

Frankfurt a. M., Sonnabend, den 21. März 1914.

I. Jahrgang.

Wochenbericht

bis zum 18. März.

12. März — Der Gemeindevorstand des Abgeordnetenhauses überwies die Eingabe um Anrechnung der Militärdienstzeit auf das Befoldungsdienstalter der Gemeindebeamten und die Eingabe des Berliner Lehrervereins um Aufhebung der Residenzpflicht zur Berücksichtigung.

— Der Reichstagsausschuß nahm einen Antrag der bürgerlichen Parteien über Regelung der Sonntagsruhe bei örtlichen und wirtschaftlichen Zusammenhang der Gemeinden und einen Antrag über Orte in den Grenzgebieten an.

13. März — Nach Mitteilung von zuständiger Seite ist von dem Plan der Gründung einer „Deutschen Gesellschaft für Welthandel“ Abstand genommen worden.

— Der aus den amerikanischen Gewässern zurückgekehrte Kreuzer „Bremen“ wird auf Befehl des Kaisers am Sonntag als ersten deutschen Hafen Bremen anlaufen.

— Das Grenadier-Regiment „König Friedrich I.“ in Danzig beging sein 200jähriges Jubiläum.

— Die französische Kammer nahm das Kadergesetz mit 415 gegen 106 Stimmen an.

— Chailloux gab in dem französischen Senat eine Erklärung über Ankündigung eines Steigens der Rente und stimmte einem Antrag auf Erhebung der Steuer vom Coupon zu.

— Georg Westinghouse, der Erfinder der Westinghouse-Luftpresse ist in New York gestorben.

— Die sozialdemokratische Parteileitung von Groß-Berlin sucht in einer Erklärung die moralische Verantwortung für die Schändung des Kaiser-Friedrich-Denkmal in Charlottenburg von der Sozialdemokratie abzuwälzen.

14. März — Die heftige Zweite Kammer nahm gestern die Befoldungsvorlage an.

— Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hielt gestern in Berlin ihre diesjährige Mitgliederversammlung ab.

— In Neuch ist das Münster von einem großen Brand heimgesucht worden.

— In Starowa (Albanien) wurden die mit Gendarmen dorthin entsandten holländischen Offiziere von Aufständischen zu Gefangenen gemacht.

15. März — Der serbisch-türkische Friedensvertrag ist gestern unterzeichnet worden.

16. März — Die „Institution of Naval Architects“ in London hat Geh. Regierungsrat Dr. Karl Fuchs zum Ehrenmitglied ernannt.

— In der japanischen Provinz Ewing hat ein Erdbeben großen Schaden angerichtet.

17. März — Die französische Kammer hat das Kriegsbudget angenommen.

— In Albanien soll zwischen den Anhängern und Gegnern des Fürsten von Albanien ein Zwist ausgebrochen sein.

— In Südafrika fand eine große Arbeiterkundgebung gegen die Verschickung der Arbeiterführer und gegen die Annahme der Indemnitätsgesetzesvorlage statt.

— Das erste albanische Ministerium hat sich unter dem Borisq Turhan Paschas gebildet.

18. März — Heute wurde in Braunschweig dem Herzog von Braunschweig ein Sohn geboren. Mutter und Kind befinden sich wohl.

Die Freiheit läßt sich nicht gewinnen,
Sie wird von außen nicht erstrebt,
Wenn nicht zuerst sie selbst tief innen,
Im eignen Bufen dich belebt.
Willst du den Kampf, den großen, wagen,
So set' zuerst dich selber ein:
Wer fremde Fesseln will zerbrechen,
Darf nicht sein eigener Sklave sein.

Die Geldverhältnisse der sozialdemokratischen Gewerkschaften.

Würden der Staat und die Gemeinde, Organisationen, von denen auch der Arbeiter den allergrößten Vorteil hat, von den sozialdemokratisch organisierten Arbeitern die Summen an Steuern erheben, die die Arbeiter an die Organisation entrichten müssen, dann würde sich Partei- und Gewerkschaftspresse hell entrüsten und das Lied von der Auspowerung würde in allen Tonarten gesungen. Die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ stellt die Geldverhältnisse der freien Gewerkschaften zusammen und fragt sich angesichts der Summen mit Recht, wie die sozialdemokratischen Gewerkschaften überhaupt fordern können, daß der Staat und die Gemeinde ihnen einen Zuschuß zu der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung gewähren soll. Die Finanzgebarung der einzelnen Gewerkschaften zeige zur Genüge, daß die in diesen Gewerkschaften organisierten Arbeiter hoch genug entlohnt seien, um für die Tage der Arbeitslosigkeit selbst zu sorgen.

„Nach im Jahre 1907“, so fährt das Blatt fort, „leisteten nur 25 v. H. der Gewerkschaften einen Beitrag von mehr als 50 Pfg., heute erhebt mehr als die Hälfte der sozialdemokratischen Gewerkschaften einen Wochenbeitrag von über 50 Pfg. Wenn man die Beitragsverteilung nicht nach der Zahl der Verbände, sondern nach der Zahl der Mitglieder berechnet, so ergibt sich, daß nur 0,43 v. H. der Mitglieder einen Jahresbeitrag von 7,20 Mark zahlen, 0,20 v. H. zahlen einen Jahresbeitrag von 12 Mark, 1,83 v. H. zahlen einen Jahresbeitrag von 16 Mark, im übrigen sind die Jahresbeiträge höher und betragen 52 Mark und mehr. Ueber 60 Pfg. pro Woche zahlten allein rund 136 600 Gewerkschaftler, das sind 29,11 v. H. An Gesamteinnahmen hatten die sozialdemokratischen Gewerkschaften im Jahre 1912 über 80,2 Millionen Mark zu verzeichnen. Die durchschnittlichen Einnahmen betragen 31,71 Mark. Bemerkenswert ist, daß diese durchschnittlichen Einnahmen auf 14,04 Mark bei der sozialdemokratischen Handlungsgewerkschaft zurückgingen. Neben den eigentlichen Verbandsbeiträgen kommen dann noch in Betracht die für besondere lokale Zwecke erhobenen ständigen Beiträge, an denen rund 1 994 000 Mitglieder beteiligt waren. Das Vermögen der sozialdemokratischen Gewerkschaften betrug im Jahre 1912 80,8 Millionen Mark. Noch im Jahre 1911 betrug das Vermögen nur 62,1 Mill. Mark, das Vermögen ist also in einem einzigen Jahre um 18,7 Millionen Mark gestiegen. Wenn man sich nun näher ansieht, für welche Zwecke die riesigen Einnahmen veranschlagt werden, so wird man finden, daß der Hauptanteil wieder auf die Streikunterstützung entfällt. An Arbeitslosenunterstützung zahlten die sozialdemokratischen Gewerkschaften 1912 rund 1 741 000 Mark, wozu dann noch die Reiseunterstützung mit rund 405 000 Mark hinzukommt. Dagegen wurde für Streiks die Summe von rund 12 Millionen Mark ausgegeben, für Lohnbewegungen ohne Arbeits einstellen fast 200 000 Mark, für Streiks in anderen Verufen und im Auslande über 437 000 Mark. Für die Zwecke der Agitation verausgabten die sozialdemokratischen Gewerkschaften über 2,8 Millionen Mark und für „sonstige Zwecke“ ebenfalls über 2,8 Millionen Mark.“

Man wird wohl nicht fehlgehen in der Annahme, daß die beiden letztgenannten Posten in gewissem Sinne auch Streikunterstützung mit einschließen. Allein für die Verbandsorgane wurde die außerordentlich hohe Summe von über 2,6 Mill. Mark aufgewendet.

„Die Verwaltungskosten“, so heißt es in der Arbeiterzeitung weiter, „partizipieren an den Gesamtjahresausgaben des Jahres 1912 in Höhe von 61,1 Mill. Mark allein mit über 11,6 Millionen Mark. Die Verwaltungs-

kosten betragen also fast ein Fünftel der Gesamtausgaben. Dabei ist zu bedenken, daß die Verwaltungskosten der Zahlstelle und Gaue allein mit über 9,57 Millionen angegeben werden. Recht bezeichnend ist, daß bei einer der kapitalträchtigsten Gewerkschaften, bei der Gewerkschaft der Lithographen und Steindrucker, die durchschnittlichen Ausgaben allein 94,24 Mark betragen und die durchschnittlichen Einnahmen um fast 30 Mark überfliegen. Bei der Gewerkschaft der Lithographen und Steindrucker entfielen auf Unterstüzungszwecke durchschnittlich 82,74 Mark, davon 49,80 Mark auf die Streikunterstützung. Wenn man die Finanzgebarung der freien Gewerkschaften genau beurteilen will, dann muß man vor allem bedenken, daß im Jahre 1912 die Zahl der Streiks nicht so zahlreich war wie früher, infolgedessen sind auch die Ausgaben für Streiks zurückgegangen, und zwar um rund 5 Millionen Mark. Wäre die wirtschaftliche Konjunktur im Jahre 1912 anders gewesen und hätten die Gewerkschaften vor allem keinen Widerstand in den immer mehr erstarkenden Arbeitgeberverbänden gefunden, dann würde natürlich eine ganz andere Summe für Streikzwecke herauskommen.

In den Jahren 1891—1912 verausgabten die sozialdemokratischen Gewerkschaften für Arbeitslosen- und Reiseunterstützung rund 67,9 Mill. Mark, die Kosten der Lohnbewegung dagegen betragen in dem gleichen Zeitraum über 121,3 Millionen Mark. Allein im Jahre 1910 verausgabten die sozialdemokratischen Gewerkschaften für Streikzwecke fast 20 Millionen Mark.“

Es ist zu beachten, daß es bei den eigentlichen Beiträgen zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht bleibt, vielmehr alle Augenblicke für irgend einen „höheren“ Zweck Geld gesammelt wird. Man kann annehmen, daß sich auf diese Weise der Beitrag des einzelnen Mitgliedes noch um mindestens 10 v. H. erhöht.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften erhoffen von der Einführung einer staatlichen oder gemeindlichen Arbeitslosenversicherung eine Stärkung ihrer Mitglieder. Das hat noch kürzlich das Gewerkschaftsblatt „Der Grundstein“ in seiner Nr. 38 klar und deutlich zum Ausdruck gebracht. Hier wird es als Pflicht von Staat und Gemeinde bezeichnet, eine gesetzliche Arbeitslosenversicherung einzuführen. U. a. heißt es hier: „Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung liegt also auch in ihrem eigenen Interesse (d. h. im Interesse der Gemeinden. D. R.), ganz abgesehen davon, daß wir uns mit ihr einen Wachstumsschub schaffen, den wir in den kommenden Kämpfen mit dem vereinigten Unternehmertum notwendig brauchen werden.“ Klarer kann doch wirklich nicht ausgesprochen werden, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften hoffen, die für Arbeitslorenzwecke freigewordenen Summen für Streikzwecke zu verwenden.

„Es gibt sozialdemokratische Gewerkschaften, die einen wöchentlichen Beitrag von 1,20 Mark und darüber erheben. Rechnen wir einmal einen Beitrag von 1,20 Mark in der Woche, das bedeutet einen jährlichen Beitrag von 62,40 Mark. Legt man den Zinsfuß von 4 v. H. zugrunde, so erhöht sich dieser Beitrag am Schluß des zweiten Jahres auf 64,90 Mark. Außerdem wird dann im zweiten Jahre wiederum der jährliche Beitrag von 62,40 Mark an die Gewerkschaftskasse abgeführt, macht zusammen 127,30 Mark. Führt man diese Rechnung weiter, so ergibt sich, daß ein Arbeiter, der nach beendeter Lehrzeit mit dem 19. Lebensjahre in die Gewerkschaft eintritt, nach 37 Jahren, d. h. nach Vollendung des 56. Lebensjahres, mit Zinseszins die Summe von 5096,10 Mark an die Gewerkschaftskasse abgeführt hat. Dieser Betrag erhöht sich nach Vollendung des 60. Lebensjahres auf 6538,30 Mark. Nun kann man annehmen, daß kein Jahr vergeht, in dem nicht neben den statistischen Beiträgen „Extrasteuern“ ausgeschrieben werden. Hierfür wollen wir den Betrag von jährlich 8 Mark setzen, was sicherlich nicht zu hoch ist, ganz abgesehen davon, daß die Gewerkschaftler auch nicht mit Beiträgen zur Parteikasse verschont bleiben. Mit Extrasteuern in angegebener Höhe hat der Arbeiter einen jährlichen Beitrag von 70,40 Mark zu zahlen, das ergibt nach Vollendung des 55. Lebensjahres 5762,60 Mark, nach Vollendung des 60. Lebensjahres 7391,90 Mark. Hätten die betreffenden Arbeiter, die die 1,20 Mark jede Woche an die Gewerkschaft abliefern müssen, diese Beiträge auf die Sparkasse gebracht, sie wären wahrlich besser daran gewesen.“

Arbeiterorganisationen und Parteien.

Sämtliche Organisationen der Arbeitnehmer betonen ihre parteipolitische Neutralität. Trotzdem besteht, wie die sozialpolitischen Debatten des Reichstages wieder gezeigt haben, zwischen den einzelnen Gewerkschaften und bestimmten Parteien eine so intime Interessengemeinschaft, daß die betreffenden Parteien ihre Gewerkschaft und nur ihre als die einzig berechnete anerkennen, an ihr nur Gutes sehen, ihre Fehler übersehen oder beschönigen und die anderen Gewerkschaften entweder ignorieren oder bekämpfen. Die Sozialdemokraten z. B. wußten nichts von einem Terrorismus ihrer sogenannten freien deutschen Gewerkschaften, der Terrorismus komme nur von oben. Der Sprecher der Fortschrittspartei verteidigte das maßlos agitatorische Auftreten der Sekretäre der Dirsch-Dunerschen Gewerkschaften auf ihrer Generalversammlung, das den Regierungsdirektoren zum Verlassen der Versammlung veranlaßt hatte. Der polnische Redner rechtfertigte den von der polnischen Berufsgenossenschaft ausichtslos und gewissenlos vom Raune gerissenen Streik in Oberschlesien. Der Redner des Zentrums sprang den christlichen Gewerkschaften in ihren mannigfachen Nöten bei und stellte sie als ein Idealbild, als die „christlich-nationale Arbeiterbewegung“ schlechthin da. So hatte jede dieser Parteien ihre Gewerkschaft, aber alle — Sozialdemokratie, Fortschritt und Zentrum — trafen in dem einen Punkte zusammen: in der schroffen Ablehnung, ja Beleidigung der neuesten deutschen Arbeiterbewegung, der wirtschaftsfriedlichen Werkvereine.

Es ist für jede Partei auf die Dauer gefährlich, bedingungslos auf eine Gewerkschaft eingeschworen zu sein. Der Dank, den die Partei für ihre hingebungsvolle Unterstützung in Gestalt von Stimmgeldern erhält, wird durch schwere Nachteile mehr als aufgewogen. Der Einfluß der Partei auf die Gewerkschaftsleitung ist oft gering, da sich letztere immer wieder hinter ihren „parteilosen Charakter“ verschützen kann. Dagegen muß die Partei alle Fehler der Gewerkschaft auf sich laden und sie vor der Öffentlichkeit verteidigen. In die Gesamtpolitik der Partei steht unter ständigem Einfluß der Gewerkschaft, die mächtiger, geschlossener und stärker an Wollen und Wünschen ist als die Genossenschaften jedes anderen ebenso wichtigen Berufsstandes. Der Landtagsabgeordnete Dr. Heß hat ganz Recht, wenn er in seiner Gegenchrift gegen Martin Spahn's „Deutsche Lebensfragen“ S. 48 schreibt: „Nicht die Arbeiterbewegung wird durch die Parteipolitik geleitet, sondern diese wird vielmehr umgekehrt fortgesetzt durch die organisierte Arbeiterschaft orientiert.“ Andererseits ist es auch für die Arbeiterorganisation nicht von Vorteil, sich einer bestimmten Partei zu verschreiben, da sie sich hierdurch den Zuzug von Arbeitern aus andern Parteien abschneidet. Mit Recht haben deshalb die Werkvereine den ihnen kürzlich auf einer Versammlung in Essen gegebenen Rat, sich an eine politische Partei anzulehnen, nicht befolgt, sondern erklärt, daß sie es „ablehnen müssen, sich irgendwie für eine bestimmte politische Partei festzulegen“ (Werkverein Nr. 8.) Auch in dieser Frage ist es Aufgabe der Partei, das Vaterland über die Partei zu stellen und alle die Bestrebungen zu unterstützen, die eine Stärkung des Nationalgefühls und eine Schwächung des Radikalismus und der sozialen Gegensätze verfolgen. Leider haben sich diesmal auch bürgerliche Parteien nicht zu diesem Standpunkt aufgeschwungen und sich in ihrer gewerkschaftlichen Gebundenheit mitschuldig gemacht an der ungerechten und kränkelnden Herabsetzung einer nationalen Arbeiterbewegung, welche die volle Unterstützung aller bürgerlichen Parteien verdiente. Sehr bezeichnend ist es dabei, daß sich die Angriffe, die aus bürgerlichem Lager gegen treu deutsche Arbeiter erhoben wurden, in Inhalt und Ton durch nichts von der sozialdemokratischen Kampfsart unterschieden. Noch mehr sollten sich die bürgerlichen Parteien davor hüten, sich mit den ungerechten und im Ton unwürdigen Herabsetzungen andersorganisierter Arbeiter zu identifizieren, die ebenfalls treu auf nationalem Boden stehen. Leider hat sich auch diesmal wieder die Polemik bürgerlicher Abgeordneter im Reichstag in nichts von der der Sozialdemokraten unterschieden.

Der sozialdemokratische Redner Erdmann nannte die Wirtschaftsfriedlichen „Abtrünnige“, „unsaubere Elemente“, mit denen man „jede moralische Gemeinschaft“ ablehnen müsse „wie gegenüber dem Spion und dem Verräter im Kriege“. Ein anderer Redner derselben Partei nannte sie „Blutapfelsinen, außen gelb und innen rot“. Diese rohe und beleidigende Art der Behandlung miltärischer Organisationen ist bei den Sozialdemokraten nichts Wunderbares. Man ist daran gewöhnt. Um so bedauerlicher ist es, daß auch Sprecher bürgerlicher Parteien in derselben Sprache zu sprechen anfangen, wenn es gegen die Wirtschaftsfriedlichen geht. Sehr leicht machte es sich der fortschrittliche Abgeordnete Weinhausen, welcher sich kurz dahin ausdrückte: „Das Urteil über die Gelben ist so einheitlich in der gesamten Arbeiterschaft, daß es, glaube ich, absolut verlorene Liebesmühe ist, von dieser Stelle aus noch eine Lanze für sie zu brechen.“ Punktum! Die fortschrittliche Volkspartei bleibt auch hier ihrer Gesandtheit treu, auf Grund vorgefahrener weltfremder Doktrinen die Dinge zu beurteilen. Wie oft hat diese Partei ihre „unfehlbaren“ Theorien an der Macht der Tatsachen zersehen und sich nach jahrelangen Zerwegen zu einer praktischeren und vernünftigeren Politik bekennen müssen! So war es in nationalen Fragen des Heeres, der Flotte und der Kolonien. Auch der Freihandel verliert in ihren Reihen an Anhang und vielleicht werden sie, wenn ihre Anhänger im Lande den Radikalismus der Streikgewerkschaften gründlich satt haben, auch einmal sich zu den anderen Anschauungen bequemen müssen. Der „Fortschritt“ kommt bei der Fortschrittspartei oft reichlich spät.

Leider hat sich auch das Zentrum wieder in seiner Stellungnahme zu den Wirtschaftsfriedlichen ganz in das Schlepptau seiner Arbeiterssekretäre nehmen lassen. Der Abgeordnete Wiesberts erhob gegen sie die alten Be-

schuldigungen: sie seien „rückgratlose Elemente“, denen es an „Standesgefühl“ und „Selbstbewußtsein“ fehle. Er stellt sie in Gegensatz zum deutschen Volk, das „sonst so charakterfest, so stark und selbständig“ sei. Neu war der sonderbare Vorwurf, die Werkvereine „störten auch die Arbeit unserer konfessionellen Organisationen“. Bis jetzt haben die Werkvereine die Arbeit der konfessionellen Organisationen nur dadurch „gestört“, daß sie ihre Mitglieder ständig und dringend aufgefordert haben, die konfessionellen Arbeitervereine durch ihren Beitritt zu fördern. Was können sie dafür, wenn diese, die doch lediglich die Aufgabe haben, die Arbeiter religiös-kirchlich zu erziehen, die Mitglieder der Werkvereine nicht aufnehmen oder ausschließen. Es ist die Fabel von Wolf und Lamm, die hier von Wiesberts durch völlige Verkehrung des wahren Sachverhalts in Anwendung gebracht wird.

Nur Anschuldigungen und Beleidigungen sind es, was von den Gegnern der Werkvereine im Reichstag gegen sie vorgebracht wurde. Keine Beweise, keine Tatsachen konnten angeführt werden, welche gegen die Berechtigung ihrer Gründung, ihrer Grundsätze und ihrer Tätigkeit sprechen könnten. Wenn gegen sie vorgebracht wurde, daß sie von den Unternehmern unterstützt und gefördert werden, so würde dies nur dann ein begründeter Vorwurf sein, wenn man sich auf den Standpunkt stellte, daß der Unternehmer von vornherein ein Feind des Arbeiters, ein Ausbeuter ist, von dem schon Besenke annehmen verdächtig ist, nach dem Grundsatz „timeo Danaos et dona ferentes“. Auf diesem Standpunkt stehen eben leider die Kampfgewerkschaften und sind dadurch blind für die Vorteile eines wirtschaftsfriedlichen vertrauensvollen Zusammenarbeitens von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, das naturgemäß nicht nur dem letzteren, sondern auch dem ersteren zum Segen ist.

Sehr richtig hat dies der Sprecher der Reichspartei, der Abgeordnete Arendt, in folgenden Ausführungen dargelegt:

„Das ist einer der Grundfehler der Sozialdemokratie, daß sie verkennt, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf Gedeih und Verderb mit einander verbunden sind. Dieser Gegensatz, der von der Sozialdemokratie geschaffen und verschärft worden ist, schädigt beide. Was beiden frommt, ist das Gedeihen des Unternehmens; denn wenn das Unternehmen gedeiht, dann wächst die Arbeiterfrage, und der Lohn für den Arbeiter steigt. Daß das in den arbeitenden Massen jetzt mehr oder minder erkannt wird, zeigt das Anwachsen der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung. Die Bewegung läßt sich heute nicht mehr mit allen Mitteln des Hohns, mit allen Mitteln der schärfsten Bekämpfung aus der Welt schaffen, sie ist da und entspricht dem wirklichen und wahren Bedürfnis der arbeitenden Klassen, weil sie sich auf den modernen, allein richtigen Standpunkt stellt, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer das gemeinsame Unternehmen zu fördern haben. Deshalb befindet sich auch die Sozialdemokratie im Irrtum, wenn sie glaubt, daß das Zurückgehen der Streikgewerkschaften nur eine Folge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist; es ist vielmehr eine Folge der wachsenden Erkenntnis der arbeitenden Klassen, daß ihre Interessen in den Händen der Sozialdemokratie nicht richtig wahrgenommen werden. Was haben denn die Streikgewerkschaften heute nur für eine Bedeutung, wo gerade durch sie und um ihrerwillen die Arbeiterschaft sich derartig organisiert hat, wie das jetzt der Fall ist? Das ist ja doch nur eine Folge der Notlage, in welche die Arbeiterschaft durch die Streikgewerkschaften gesetzt worden ist. Aber gerade weil das der Fall ist, möchte ich doch den Wunsch aussprechen, daß bei den christlichen Gewerkschaften und den wirtschaftsfriedlichen besseren Beziehungen eintreten möchten, als das jetzt zumeist der Fall ist. — Ja, Sie (zum Abgeordneten Wiesberts gewendet) winken ab, Sie werden aber dazu kommen müssen, denn Sie haben einen gemeinschaftlichen Gegner, und Sie haben die gemeinschaftliche Grundlage der nationalen Anschauung und des Festhaltens an der bestehenden Wirtschaftsordnung. Das sind doch außerordentlich wichtige Gesichtspunkte, und da werden Sie sich wohl oder übel mit der großen wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung, die heranzuwächst, die Sie nicht mehr verhindern können, abfinden müssen.“

Auch der Redner der konservativen Partei, der Abgeordnete von Graefe, nahm die Wirtschaftsfriedlichen energisch in Schutz:

„Meine Herren, ich halte es jedenfalls für sehr bedauerlich, wenn gegen die wirtschaftsfriedlichen Verbände aus bürgerlichen Kreisen heraus oft der Vorwurf der Feigheit erhoben wird. Nach meinen Erfahrungen kann ich ihnen die Versicherung geben, daß oft ein sehr großer Mut dazu gehört, einem derartigen Verband anzugehören, gegenüber dem Terrorismus durch andere, namentlich sozialdemokratische Verbände.“

Auch die nationalliberale Partei ist zu einer gerechten und einsichtigen Würdigung der Wirtschaftsfriedlichen gelangt. Dazu führte der Abgeordnete Dr. Böttger aus:

„Die Angriffe, die der Herr Kollege Wiesberts einer anderen Art der Arbeiterorganisationen hat zuteil werden lassen, veranlassen mich, ein Wort der Erwiderung zu geben. Er hat, wenn ich ihn richtig verstanden habe, die wirtschaftsfriedlichen Vereinigungen als rückgratlose Elemente bezeichnet, als Vereine, deren Mitglieder keinen Charakter und keinen Mut haben. Meine Herren, derartige Generalisierungen muß man vermeiden, sie sind ungerecht. Meine Herren, dann sind auch Sie von der Sozialdemokratie über diese Bewegung nicht unterrichtet, und ich empfehle Ihnen ein eingehenderes Studium, als Sie es jetzt an den Tag gelegt haben. Es ist nicht richtig, von einer Organisation anzunehmen, daß sie allein die Interessen der Arbeiter vertreten kann. Davon kann gar keine Rede sein. Die wirtschaftsfriedlichen Vereinigungen haben sehr schwer gegen Vorurteile zu kämpfen. Sie sind noch nicht diese großen starken Verbände wie die übrigen, wie die freien Gewerkschaften.“

Gerade Sie müssen in schwerem Kampfe an manchen Stellen auch Mut und Charakter beweisen.“

Der nationalliberale Parteiführer Bassermann bestätigte die Ausführung mit folgenden Worten:

„Ich meine, man wird auch den wirtschaftsfriedlichen Organisationen Gerechtigkeit wiederfahren lassen. Wenn man den Arbeitern das Koalitionsrecht gibt, dann muß man ihnen überlassen, wie sie sich koalieren wollen, welche Formen sie wählen, welche Ziele sie verfolgen, welche Wege sie zu Erreichung dieses Zieles gehen. Sich hier einzumischen und Arbeitern Vorschriften machen zu wollen, wie sie sich zu koalieren haben, das halte ich für kein liberales Beginnen. Ebenso richtig ist die Tatsache, daß in diesen wirtschaftsfriedlichen Organisationen sich Tausende reichsteuer braver deutscher Männer zusammengefunden haben.“

Erster als je ist diesmal im Reichstag den christlichen Gewerkschaften ans Herz gelegt worden, mit den Wirtschaftsfriedlichen Frieden zu machen. Zahlreicher sind die Verteidiger der letzteren geworden. Der Abgeordnete Wiesberts jagte zum Schluß seiner Ausführungen über diesen Gegenstand: „Ich will nicht näher darauf eingehen. Aber wir trauen vorläufig der Sache nicht.“ Wir wollen hoffen, daß dieses Wortlein „vorläufig“ ihm bald die Tür öffnet zu einer verständigeren und gerechteren Taktik. Immerhin hat die wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung an Beachtung gewonnen. Arbeitet sie auf dem betretenen Wege weiter, so wird sie bald weiter erstarken und ihre Gegner werden kleinlauter werden.

Sozialdemokratie und Terrorismus.

Die Bestrebungen, einen stärkeren Schutz der Nichtstreikenden durchzuführen, die nicht oder anders organisierten Arbeiter vor dem Terrorismus ihrer freigewerkschaftlichen Arbeitsgenossen zu schützen, haben innerhalb der Sozialdemokratie eine Gegenbewegung hervorgerufen, eine Bewegung, die darauf hinausläuft, an Stelle des plumperen aktiven Terrorismus, der sich in Bedrohungen, Beschimpfungen und Tätlichkeiten äußert, den geschickteren passiven Terrorismus, also den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Boykott zu setzen. Dieser ist ja auch in doppelter Hinsicht vorteilhafter. Einmal gelingt es in den weitaus meisten Fällen, den Betroffenen in verhältnismäßig kurzer Zeit „milde“ und damit gefügig zu machen, und dann ist diese Art Terrorismus strafrechtlich kaum zu fassen. Man kann doch gewislich keinen zwingen, bei einem bestimmten Kaufmann etwas zu kaufen, ein bestimmtes Vokal zu besuchen! Ebenso wenig kann man einen Arbeiter zwingen, mit seinem Arbeitskollegen, mit dem er Schulter an Schulter arbeitet, zu verkehren oder auch nur ein Wort zu wechseln. Wenn die Mehrzahl der Arbeiter eines Betriebes einen andern Arbeiter, der nicht zu ihrer Organisation gehört, grundsätzlich als Luit behandelt, ihn völlig links liegen läßt, niemand mit ihm auch nur eine Silbe spricht, ihn über die Schwierigkeiten des Anfängertums hinweghülft, ihm die Bedienung der Maschinen, die Handhabung der Werkzeuge zeigt, oder ihm sonst irgendwie einmal behilflich ist, so läßt sich hiergegen einfach nichts machen. Und doch ist dieser Terrorismus der wirkungsvollste! Selbst starke Naturen werden in vielen Fällen schließlich unterliegen und nachgeben, da sie die gesellschaftliche Achtung durch ihre Berufsgenossen auf die Dauer nicht ertragen können.

Und diese gefährlichste Art des Terrorismus wird jetzt, wo eine Verschärfung der Strafen für den aktiven Terrorismus gelegentlich der Strafrechtsreform droht, von den Sozialdemokraten immer offener gepredigt. In den roten Gewerkschaftsblättern wird seine Anwendung in spaltenlangen Aufsätzen erläutert und auf die prompte Wirkung eines derartigen Verhaltens hingewiesen. (Bzgl. Metallarbeiterzeitung Nr. 2 und 3, Holzarbeiterzeitung Nr. 6, Korrespondenzblatt d. Generalkommission d. Gewerkschaften Deutschlands Nr. 5 und 6 und v. a. m.)

Der passive Terrorismus wird nicht nur als das gute Recht der Arbeiter sondern sogar als deren moralische Pflicht proklamiert. So schreibt das Korrespondenzblatt: „Der proletarische Organisationszwang, der die Massen heben will, verstoßt also nicht gegen die soziale Mora und das Volksempfinden. . . . Es ist ein Fundamentaltatrum der Sozialideologie, daß jeder Zwang zu verworfen sei, weil er ein Eingriff in die Freiheit der Persönlichkeit sei, im Gegenteil, Zwang kann unter Umständen nicht entbehrt werden.“ Und die Holzarbeiterzeitung schließt ihre Terrorismpredigt mit folgenden Worten: „Bei den Unorganisierten und Gelben handelt es sich ja gar nicht um Persönlichkeit und Ueberzeugung, sondern um Gefinnungslosigkeit und Schmarotzertum. . . . Solche geistig und moralisch rückständigen Leute müssen eben zur Pflichterfüllung (!) erzogen werden, und wenn der sogenannte passive Terrorismus in den Arbeitsbetrieben diese Erziehung fördert, so ist er ein guter, gesunder Zwang, gegen den Reichskanzler, Sozialpolitiker und Scharfmacher vergeblich Sturm laufen werden.“

Die Befolgsmänner dieser Blätter werden sich diese Aufforderung zum passiven Terrorismus seitens ihrer Führer schon merken und danach handeln, zumal immer dabei betont wurde, daß diese Art Terror nicht strafbar sei. Die Anwendung dieses Terrorismus könnte aber, und das wäre vielleicht eine günstige Wirkung der systematischen Dege, einen Erfolg zeitigen, an den die Sozialdemokraten bisher noch nicht gedacht haben, und den auch sie gar nicht beabsichtigen! Statt nämlich die noch nicht organisierten in die freien Gewerkschaften zu pressen, könnten die Herren Genossen auch erreichen, daß sich die bedrohten Arbeiter gegen die Sozialdemokratie und ihre Gewerkschaften zusammenschließen. Die wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung ist ja gerade als notwendige Reaktion gegen den Terrorismus und das wilde Drauflosstreifen der freien Gewerkschaften entstanden. Sie hat sich trotz oder vielleicht auch gerade wegen der vielen Anfeindungen, die ihr in reichstem Maße von allen Seiten zuteil wurde, machtvoll zu einer achtunggebietenden Stärke

entwickelt; ja, wenn diese Entwicklung nur so weiter wie bisher anhält, wird sie in kurzer Zeit selbst die christlichen Gewerkschaften überlagert haben, und damit die zweitstärkste Gewerkschaft, die zweitstärkste Arbeiterorganisation geworden sein. Der unerhörte Terror der sogenannten "freien" Gewerkschaften, das ewige Streifen derselben, das deren Anhänger nur in Not und Schulden stürzte, sowie die Maßregelungen der Unternehmer aussetzte, ohne ihnen entsprechende Erfolge zu gewähren, war bisher noch immer der beste Werber für diese junge Bewegung. Die noch nicht organisierten schloßen sich ihnen an, um den Bedrohungen und Vergewaltigungen der Sozialdemokraten zu entgehen. Die Mitglieder der freien Gewerkschaften haben zum großen Teil selbst den Terrorismus ihrer Organisation an eigenen Leibe verspüren müssen, sind sie doch häufig nichts weniger als freiwillig ihrem Verbands beigetreten, sie kennen die mit großer Lungenkraft hinausposaunten "Erfolge" ihrer Streikgewerkschaften aus eigener Erfahrung, und haben aus ihnen gelernt, daß sie auf dem Wege der friedlichen Verhandlung viel weiter kommen, als wenn sie immer sofort mit Streik und Boykott drohen, eine Erkenntnis, die ihnen ja auch durch die Resultate, welche die wirtschaftsfriedliche nationale Arbeiterbewegung bisher erreicht hat, täglich vor Augen geführt wird.

Mit Gewaltmaßnahmen kann man eben keine überzeugten Anhänger seiner Sache gewinnen. Man kann damit wohl die Zahl seiner Mitglieder scheinbar erhöhen, erhält aber nur Mitglieder, welche sich der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe anschließen, und sofort wieder austreten, wenn sie die Gewaltmaßnahmen ihrer Organisation nicht mehr zu fassen haben, d. h. wenn sie sich einer Vereinerung anschließen können, die sie vor dem Terrorismus ihrer ehemaligen Organisation zu schützen in der Lage ist.

Der unerfreuliche Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften hat also auch seine guten Seiten. Es ist nur zu hoffen, daß auch der passive Terrorismus, wie er jetzt von den Obergewerkschaften gepredigt wird, den Erfolg haben wird, der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung weitere Mitglieder zuzuführen, und so zu ihrem Teile zu der Befundung unserer sozialen Verhältnisse und zu der endgültigen Überwindung der Sozialdemokratie beitragen wird.

Berichte aus den Werkvereinen.

Werkverein der Frankfurter Maschinenbau-Alt.-Ges. vorm. Pokorny & Wittelind, Frankfurt a. M.-West. Mittwoch 25. März abends 6 Uhr Jahres-Hauptversammlung im Vereinslokal. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Werkverein der Maschinenfabrik Moenus A. G., Frankfurt a. M.-West. Die Mitglieder werden nochmals auf die am Montag 23. März abends 6 1/2 Uhr stattfindende Quartals-Versammlung im Arbeitspfeischaus aufmerksam gemacht und ist es Pflicht zu erscheinen.

Bezirksverband der Werkvereine von Frankfurt a. M. und Umgebung. Dienstag 24. März Vorstandssitzung im "Pfälzer Hof" Ecke Niddastraße und Moselstraße. Das Erscheinen ist in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung dringend erforderlich.

Die deutschen Verbände der Arbeitgeber, Angestellten und Arbeiter im Jahre 1912 und ihre internationalen Beziehungen.

Das Kaiserliche Statistische Amt hat als 8. Sonderheft zum "Reichsarbeitsblatt" eine Statistik der Arbeitgeber, Angestellten- und Arbeiterverbände für Ende 1912 veröffentlicht. Während in der vorjährigen Veröffentlichung, die zum erstenmale eine in sich abgeschlossene Gesamtdarstellung der Verbandsstatistik brachte, namentlich die Verbände der Angestellten und der wirtschaftsfriedlichen und konfessionellen Arbeitervereine in breiterem Rahmen behandelt wurden, beschäftigt sich die diesjährige Bearbeitung hauptsächlich mit der mehr und mehr hervortretenden Konzentrationserscheinung bei den Verbänden und deren Umwandlung von Berufs- zu Industrieverbänden. Daneben ist den Neugründungen und der Weiterentwicklung der bestehenden Verbände ein besonderes Augenmerk zugewandt. Bei den Arbeitgeberverbänden erfolgte die Abgrenzung der für die Darstellung in Betracht kommenden Verbände in der Weise, daß in der Hauptsache nur Organisationen einbezogen wurden, die die Behandlung von Arbeiterfragen als ihre Hauptaufgabe oder wenigstens als einen Teil ihrer Aufgaben betrachten oder die zum Zweck der Erledigung solcher Fragen anderen Arbeitgeberverbänden angeschlossen sind. Abgesehen hiervon, sind Verbände rein wirtschaftlichen, geschäftlichen oder sozialpolitischen Zielen ausgeschlossen. Nach den Feststellungen bestanden Anfang 1913 3431 Arbeitgeberverbände (111 Reichs-, 511 Landes- oder Bezirks- und 2809 Ortsverbände) gegen 2592 im Jahre 1909. Sie zählten 145.000 Mitglieder und 4,6 Millionen bei diesen beschäftigten Arbeiter. Die Gegenüberstellung mit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft und die berufliche und örtliche Gliederung in der amtlichen Veröffentlichung gibt einen Einblick in die Organisationsverhältnisse auf der Arbeitgeber- und Arbeiterseite und in den einzelnen Industrie- und Landesstellen. Die Angestelltenverbände, von denen 23 kaufmännische, 21 technische, 9 Bureaubeamten-, 5 landwirtschaftliche und 12 sonstige Organisationen mit ihren Zweigvereinen erfasst wurden, sind nach ihrer Mitgliederzahl und den Klassenverhältnissen eingehend dargestellt. Die Arbeiterverbände sind nach ihren sechs Hauptgruppen: freie, christliche Gewerkschaften, deutsche Gewerkschaften, unabhängige, wirtschaftsfriedliche und konfessionelle Arbeitervereine gegliedert; für jede Gruppe ist der Mitgliederbestand, ferner sind die Einnahmen, Ausgaben und Unter-

stützungsleistungen nachgewiesen. Hinsichtlich der Verbreitung der einzelnen Organisationsrichtungen ergibt die Statistik, daß die freien Gewerkschaften mit 2.583.000, die christlichen mit 351.000, die deutschen Gewerkschaften mit 1.09.000, die unabhängigen Arbeitervereine mit 815.000, die wirtschaftsfriedlichen mit 231.000 und die konfessionellen Arbeitervereine mit 765.000 Mitgliedern Ende 1912 abschloßen. Ähnlich wie bei den Arbeitgeberverbänden ist sodann noch in den textlichen Erläuterungen auf die gegenüber dem Stand von 1909 erfolgten Verschiebungen von Verbänden und sonstige Konzentrationserscheinungen sowie auf die Vertretung der verschiedenen Organisationsrichtungen in den einzelnen Berufen hingewiesen. — Dem Zusammenschluß der Arbeitgeber und Arbeiter in den wichtigsten Kulturstaaten ist zum Vergleich mit den heimischen Verhältnissen jeweils ein besonderer Abschnitt gewidmet.

Der Umfang der einheimischen Organisation der deutschen Arbeitgeber, Angestellten und Arbeiter wird vom Kaiserlichen Statistischen Amt seit 1909 jährlich zu eingehender Darstellung gebracht. Eine neue, als 9. Sonderheft zum "Reichsarbeitsblatt" unter dem Titel "Die internationalen Beziehungen der deutschen Arbeitgeber-, Angestellten- und Arbeiterverbände" erschienene Veröffentlichung des Kaiserlichen Statistischen Amt ergänzt diese Darstellung in sofern, als sie die von den deutschen Arbeitgeber-, Angestellten- und Arbeiterverbänden unterhaltenen internationalen Beziehungen in ihrer geschichtlichen Entwicklung der gegenwärtigen Bedeutung zu erfassen versucht. Dem Begriff der internationalen Beziehungen sind dabei ganz bestimmte Grenzen gezogen worden. Soweit Arbeitgeberverbände in Frage kommen, ist lediglich festzustellen versucht, inwieweit zwischen gleichartigen deutschen und ausländischen Verbänden Vereinbarungen bestehen, die auf die Regelung der Arbeiterverhältnisse bezug haben. Es hat sich dabei ergeben, daß es nicht die Großindustrie, sondern in erster Linie das Handwerk ist, das den Weg internationaler Verständigung über Arbeiterfragen — und zwar erst in neuester Zeit — bestritten hat, und daß diese Beziehungen bisher noch ziemlich spärlich sind. Sie ließen sich in mehr oder weniger ausgebildeter Form im Schiffbau, im Bergbau, im Baugewerbe sowie im Schneid-, Maler-, Gärtnergewerbe und in der Metallindustrie feststellen. In der Metallindustrie scheint sich eine internationale Verständigung vorzubereiten. Soweit sich ermitteln ließ, beschränken sich fast alle internationalen Vereinbarungen zwischen Arbeitgeberorganisationen darauf, sich die Rechteinstellung streifenbedorger ausgeperrter Arbeiter gegenseitig zuzusichern.

Unser Mitglied Ludwig Deuthner feierte mit seiner lieben Gattin am 19. März das Fest der silbernen Hochzeit. Wir gratulieren dem Jubelpaare herzlich und wünschen ihm auf seinem ferneren Lebenswege alles Gute. Die Geschäftsstunden der Rechtsauskunft finden bis auf weiteres Samstags von 4—6 Uhr statt. Montag den 23. ds. M. abends 6 Uhr Vorstandssitzung im Vereinslokal, Gartenstraße 28.

Werkverein der Adlerwerke, Frankfurt a. M. Der Werkverein veranstaltete am 14. März seine diesjährige Abendunterhaltung mit Ball. Der große Saal der Turnhalle der Bodenheimer Turngemeinde war schon früh bis auf den letzten Platz gefüllt, so daß sich bald auch in den kleinen Sälen ein reges Leben entwickelte. Schon lange herrschte eine frohe Stimmung, als der Vorsänger die Anwesenden herzlich begrüßte. Ein reichhaltiges abwechslungsreiches Programm fesselte die Zuschauer bis nach 1 Uhr. Der Sängerkorps des Werkvereins brachte unter der trefflichen Leitung ihres Dirigenten Herrn Siegmund einige Chöre zum Vortrag, der große Fortschritt dieser Abteilung seit der Uebernahme der Leitung durch Herrn Siegmund wurde allgemein anerkannt. Frau Rosa Gmüder (Sopran) mit ihren Töchtern Mia (Violine) und Anny (Klavier) errangen einen großen Erfolg. Besonders gefiel Beuxtemp's Noverre, wobei Fel. Mia Gmüder ihr hohes Können zeigte. Nach einem humoristischen Militär-Schwank brachte das Orchester einige Musik-Piecen wirkungsvoll zum Vortrag. Inzwischen waren die Vorbereitungen für den Einakter in Frankfurter Mundart "Verwechelt" getroffen worden. Stürmische Vorfälle ereigneten die fortwährenden Verwechslungen und das natürliche Spiel der Mitwirkenden. Nach Erledigung des Programmes konnte durch eine Polonaise der Tanz seinen Anfang nehmen, der bis zum frühen Morgen die Besucher zusammenhielt. Jeder trennte sich mit dem Bewußtsein, im Kreise der Werkvereiner nur frohe Stunden verlebt zu haben. Der Erfolg der Veranstaltung war ein ganzer und gebührt dem rührigen Comité und allen Mitwirkenden volle Anerkennung.

Vermischtes.

Nur mit anständigen Menschen verkehren will ein Gastwirt in Reisholz bei Düsseldorf. Das dortige Genossenblatt berichtet nämlich, daß er mit den Worten: "25 Jahre bin ich Sozialdemokrat gewesen, jetzt ist aber Schluss damit", die an der Wand hängenden Bilder der Parteigrößen zertrümmert und hinzugesetzt habe, wem dieses (das Entzweischlagen der Bilder) nicht passe, der könne ja gehen, er wolle nur anständige Menschen im Hause haben.

Diese wenige Worte erzählen eine ganze Leidensgeschichte. Was muß der Mann ausgehalten haben, wie muß er von den Aposteln der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit behandelt und tyrannisiert worden sein, bevor er diesen Schritt tat, und damit seine ganze Existenz aufs Spiel setzte. Denn die Sozialdemokraten verkehren nun natürlich nicht mehr in seiner Gastwirtschaft

und andere Gäste muß er erst zu bekommen suchen. Hoffentlich gelingt ihm dies in vollem Maße, und ermutigt er so durch sein Beispiel auch andere, das Joch der roten Parteilichheit, unter dem sie seufzen, abzuschütteln.

Die abgewiesene Klage der Volksfürsorge. Vor einigen Tagen ist vor dem Berliner Landgericht die Klage der Gewerkschaftlich-Genossenschaftlichen Versicherung A. G. Volksfürsorge in Hamburg gegen die Deutsche Volksversicherung A. G. in Berlin verhandelt worden. Als Vertreter der Klägerin war der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Rechtsanwalt Wolfgang Heine, für die Beklagte der Rechtsanwalt Ulrich erschienen. Die Klage gründete sich darauf, daß die Deutsche Volksversicherung in verschiedenen Rundschreiben die Behauptung aufstellte, bei der Volksfürsorge würden die Gelder der Versicherten letzten Endes dazu dienen, der Umsturzpartei einen neuen starken Kriegsschatz im Kampfe gegen den Gegenwartsstaat zu schaffen. Die Klägerin verlangte nach § 14 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb die Unterjagung der Behauptung und weiteren Verbreitung der betreffenden Flugblätter. Nach längeren Ausführungen der beiden Anwälte fällte die Kammer folgendes Urteil: Die Klage wird abgewiesen, die Kosten des Verfahrens werden der Klägerin auferlegt.

Die Angst der roten Blätter. Zuerst haben sie versucht durch möglichst wilde Kempteleien die wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung totzuschlagen, die "gelbe Sumpfpflanze" auszurotten. Es gelang nicht. Dann versuchten dieselben roten Blätter durch Totschweigen ihr Ziel zu erreichen, aber das "gelbe Pflänzchen" entwickelte sich rüstig weiter auch unter dieser neuen, ihr bestimmten Todesart. Es breitete sich immer weiter auf dem Sumpfe der freien Gewerkschaften aus, den diese tüchtig düngten. Und jetzt kommt wieder eine Zeit, in der die sozialdemokratischen Zeitungen voll sind voll gelben Reides und ihrem Reib, und vor allem ihrer großen Angst um ihren Sumpf in möglichst vielen, möglichst unbegründeten und möglichst ruppigen Angriffen Luft machen. Es macht tatsächlich Vergnügen, diesen Kampf gegen Windmühlensflügel mit anzuschauen. In der Wasserkrante sind die Werkvereine rasch emporgehüht und heute vergeht kein Tag mehr, ohne daß die genugsam bekannte Bremer Bürgerzeitung ihr übervolles klagendes Herz in unzähligen, aus allen möglichen Korrespondenzen der Partei und der freien Gewerkschaften zusammengeschnittenen oder auch selbst verfaßten Artikelchen gegen ihren Leidensbringer "Wirtschaftsfriede" ausschüttet.

- Wir greifen eine beliebige Nummer, die vom 19. Februar 1914, heraus. Und finden wir
- 1) eine Berichtigung und den üblichen Zusatz, die sich mit den Werkvereinen Bremens beschäftigt.
 - 2) Einen Artikel "Berkannte gelbe Meistertrübe", der sich gegen den "Deutschen Bädereisenbund" richtet.
 - 3) "Eine mißglückte Gründung gelber Vereine im Webergewerbe."
 - 4) "Mutapfelsimen."
 - 5) "Bon den Gelben", ein Eingekauft.

Das genügt für eine Nummer. Täglich soviel und die Wirtschaftsfriedlichen wachsen noch stärker als bisher. Die Folge davon muß natürlich sein, das letzten Endes in der Bremer Bürgerzeitung nichts mehr zu lesen ist als Verleumdungsartikel gegen die wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung. Dieser kann es nur recht sein.

Bei den Angestellten- und Arbeiterverbänden ist untersucht, welche von ihnen Vereinbarungen mit gleichartigen ausländischen Organisationen unterhalten, die darauf abzielen, den auswandernden Mitgliedern die Vorteile der Organisation zu erhalten, gegebenenfalls auch den Organisationen als solchen bei Arbeitskämpfen gemeinsame Unterstützung zuzusichern. Bei den Angestelltenverbänden fanden sich derartige Abmachungen nur vereinzelt; sie beziehen sich hier fast immer nur auf Gewährung von Rechtschutz und Vertretung zur Benutzung der Stellenvermittlung. Zahlreich und in beträchtlicher Mannigfaltigkeit von Form und Inhalt sind sie dagegen bei den Arbeiterverbänden, vor allem bei den freien Gewerkschaften anzutreffen. Unter den 46 der Generalkommission der Gewerkschaften angeschlossenen Zentralverbänden gewerblüder Arbeiter sind nur fünf, für die keine internationalen Beziehungen, sei es in Gestalt der Zugehörigkeit zu internationalen Vereinigungen oder Sekretariaten oder in dem Bestehen von Kartellverträgen, festgestellt werden konnten. Bei den christlichen Gewerkschaften fanden sie sich erheblich seltener und — von der Tertiärlarbeitergewerkschaft abgesehen — nur in Form von Kartellverträgen. Noch weniger entwickelt sind internationale Beziehungen bei den deutschen (christlich-Dumerschen) Gewerkschaften und bei den konfessionellen Arbeitervereinigungen. — Ueber den Inhalt der internationalen Vereinbarungen der Arbeiterverbände läßt sich folgendes kurz andeuten: Sie sind zumeist aus dem Bedürfnis heraus entstanden, den ins Ausland gehenden Mitgliedern durch Zuzicherung kostenfreier Uebernahme in die dortige Organisation und des — verschiednen bemessenen — Anspruchs auf ihre Unterstützungsrichtungen die Vorteile der Organisation zu erhalten. Soweit daneben eine gemeinsame Unterstützung von Arbeitskämpfen verabredet ist, hat sich der Standpunkt vor allem der deutschen Organisationen, solche Fälle auf ein Mindestmaß zu beschränken und die Organisationen auf ihre eigene Leistungsfähigkeit zu verweisen, fast allenthalben durchgeführt.

Laß nie die Kraft, den Willen dir erschaffen,
 Vom Bessern dich zum Besten aufzurufen!
 Nur wenn dein Geist nach Fortschritt immer geist,
 Dann lebst du erst; es leben nur, die schaffen.

J. Dölcher, Frankfurt a. M.

Gr. Eschenheimerstr. 72.
Telefon Amt Hansa No. 6403.



Sämtliche Apparate u. Bedarfsartikel für die Elektrotechnik und das gesamte Installationswesen.



Gebr. Meurer

Frankfurt a. M.
Import u. Export amerik. und russischen

Mineral-Schmieröle

Alleingeführte Firma bei den größten staatlichen u. privaten Betrieben für Lieferung von
Cylinder-Oelen
Maschinen-Oelen
Dynamo-Oelen
Gasmotoren-Oelen
Turbinen-Oelen
Compressoren-Oelen etc.



Brauerei Henninger

Biere
von stets gleichguter Qualität
Flaschenbiere
direkt von Lagerfass in Flaschen gefüllt mit ausschließlich vorzüglichen Eigenschaften.
Telefon BI 6 5083

Gebrüder Horne

Höchst a. M.
Spezialhaus für
Armaturen
Röhren
Formstücke
Flanschen
Dichtungen
Packungen

Wärmeschutzmaterial
Techn. Fabrikbedarfsartikel
aller Art.

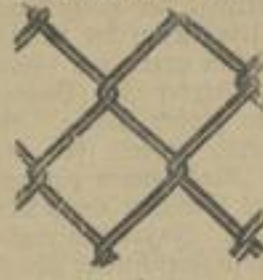
Haake & Albers

Hoflieferanten
Frankfurt a. Main
Kaiserstr. 57
Tel. A. I. 2356. gegr. 1875

Fabrik und Lager
sämtlicher Artikel für
Photographie
Bei Kauf eines Apparates
fachmännische Anleitung.
Entwickeln und copieren
wird prompt besorgt.

Fr. Schaack

Frankfurt a. M.-West 13
Drahtgitterfabrik
Telefon Taunus 4161.



Einfriedigungen.
Drahtgeflechte für Schutzgitter und Aufzüge.

Delisle & Ziegele

Frankfurt a. M.-S.
Stuttgart Esslingen N.

a. Werkzeuge aller Art

Eigene Fabrikate in
Präzisionsausführung,
Gemeindebohrer,
Gemeindeschneidzeuge,
Reibahlen, Fräser etc.
Marke „PATRIOT“

b. Werkzeugmaschinen

aller Art.
Lieferung komplet. Einrichtungen
Grosses Lager — Billigste Preise



F. Gohlke & Co.
Frankfurt
am Main.

Clichés

in technisch hervorragender Ausführung
Karten
Broschüren etc.

Josef Rosenau junior

Telefon Amt II, 89, 91 Frankfurt a. M. Bettinastraße 39

Grosses Lager

Werkzeugmaschinen, Holzbearbeitungsmaschinen, Transmissionen, Motore
Locomobilen etc. neu und gebraucht.

RICHARD APPEL, FRANKFURT-M.

JORDANSTR. 60

MOTOR-RIEMEN
DRESCHMASCHINEN
SÄGEWERKS-
MOTORRAD-
VENTILATOR-RIEMEN.



DYNAMO-RIEMEN
HOCHKANT-
HOLZBEARBEITUNGS-
HALBKREUZ-
WINKEL-RIEMEN.

LEDER-SCHLÄUCHE.
TECHNISCHE LEDER ALLER ART.
LEDER- u. TREIBRIEMEN-FABRIK

Arbeits-Nachweis

Wir bitten, bei Stellengesuche und -Angebote unser Organ zu benutzen.

Kaufm. Lehrling

beigut. Ausbildung gesucht
Off. F. 142 a. d. Geschäftsstelle d. Bl.

Großes Werk in Frankfurt a. M. sucht sofort tüchtig. älteren

Modellschreiner

Offert. unter M. 74 an die Exped. d. Blattes.

H. Hommel G. m. b. H. MAINZ

Zweigniederlassungen: Berlin, Köln, Mannheim, Karlsruhe, München, Wien.

Werkzeuge u. Werkzeugmaschinen in unseren erstklassigen, bekanntesten Marken.

Besondere Spezialitäten:
Präzisions-Messwerkzeuge
Original-Fabrikat unserer Hommelwerke G. m. b. H. Mannheim.
Schneid- u. Fräswerkzeuge, Installations- u. Montage-Werkzeuge
Original-Fabrikate der Reishauer-Werke Zürich u. Rastatt.



HESS & JANKE
FRANKFURT a. M.
Clichés

Grünberg & Leinweber

Frankfurt a. M.-West
Moltkeallee 33. Tel. II. 655
empfehlen als Spezialität

Heim's Leder-Riemen
und zwar
Heim's Original Dynamo-Riemen
Heim's Germania Riemen
Heim's Dauerleder-Riemen
Heim's Präzisions-Rohhaut-Riemen
Heim's Chrom-Riemen
Heim's wasserfeste Atlantic-Riemen
Heim's vorzügliche Näh- und Bänderriemen.
Ständig großes Lager in allen gängbaren Dimensionen.
Preislisten gratis und franko.

GRAPHISCHE ANSTALT CARL RUPPERT

Frankfurt a. M., Holzgraben 11a Töngesgasse 40
Telephon Amt Hansa 3075 und 3076.

Abteil. I: PLANDRUCKEREI: Rupaldruck: für Kartographie und Plandruck.
Abteil. II: TROCKENDRUCK: Rupalpausen. Abzüge bis Format 110 auf 800 cm in einem Stück auf jedes gewünschte Papier, Pausleinwand, Karton etc. etc.
Abteil. III: PHOTOGRAPHIE: (Phototypendruck), massstäblich genaue Verkleinerungen u. Vergrößerungen und Aufagendruck als Einlagen in Fachzeitschriften.
Abteil. IV: LICHTPAUSEANSTALT: mit elektr. betrieb. grossformatigen Lichtpausenmaschinen, Apparaten und Hilfsmaschinen. Alle Arten Lichtpausen bis 10 Met. Länge u. mehr in einem Stück. Kürzeste Lieferzeit.
Abteil. V: BUCHBINDEREI: Anziehen von Plänen u. Karten etc. auf Karton, Papier und Leinwand.
Druck und Vertrieb der neuesten, amt. geometrisch. Pläne v. Frankfurt a. M. u. Umgeb. 1:2000, 1:5000 1:10000
Lieferant staatlicher und städtischer Behörden.

Ein tüchtiger selbstständ. Elektromonteur und Mechaniker

gesucht zur Instandhaltung und Rep. von Starkstromanlagen, Werk- und Kraninstallationen.
Offert. unt. M. 71 an die Exped. d. Bl.

Gummi- und Asbest-Verdichtungen

Hochdruckplatte „Klingerit“
dto. „Rollerit“ (bester Ersatz für erstere)

Pumpen- u. Kondensationsklappen

Stopfbüchsenpackungen für Dampf u. Wasser

Katalog zu Diensten.

Julius Roller, Frankfurt a. M. Kaiserstraße 38

Jute-Beinen Jute-Säcke Wasserd. Planen

Alle Qualitäten und Dimensionen stets sofort lieferbar

Sundheimer & Strupp

Frankfurt am Main



Vorteilhaftester Bezug
hölzerner zweiteiliger
Germania-Riemscheiben.

Schmidt & Wiechmann
FRANKFURT a. M.



Wurstfabrik Eichmann

Frankfurt a. M.-West

Spezialität:
Echte Frankfurter Würstchen

frisch und konserviert sowie sämtliche
Wurst- u. Fleischwaren
in erstklassiger Qualität.

Vorteilhafte Bezugsquelle für Kantine.

Sie haben keine wirklichen Ersparnisse, wenn Sie nicht zuerst
Qualität
dann Preis beim Einkauf von Feilen berücksichtigen.
Ueber 700 Arbeiter.
Viele Fachleute haben dies geprüft und verwenden jetzt nur **Dick-Feilen** mit der Marke **F.D.** weil diese von unerreichter Qualität sind.

FRIEDR. DICK
ESSLINGEN A. N.
Wiederanstehen stamper Feilen.
Zweigbüro und Lager:
Frankfurt a. Main
Niddastraße 64

Tinte
Federn
Bleistifte
Löschpapier
Schreibpapier

Wilhelm Büttel
Papierhandlung
22 Goethestraße 23

Roheisen, Formsand

Giesserei Koks
Krampschütze
„Nator“ D.R.P.
Wilhelm M. Dubois
Frankfurt a. M.

Richard Schröder

Priesengasse 22 Frankfurt a. M.-West Tel. 4050, Taunus

empfeht sich in allen

Glasarbeiten

Einrahmungen etc.